

Rede zum Antikriegstag von Peter Förster:

Liebe Mitstreiter,

Ich will zur Bedeutung der Auseinandersetzung um Zivilklauseln, oder, anders gesagt, für eine wirklich menschliche Wissenschaft und Kultur sprechen, und dafür angesichts des historischen Datums dieser Kundgebung in die Geschichte zurückgreifen.

Bertold Brecht formulierte 1938, ein Jahr vor Beginn des 2. Weltkriegs die Aufgabe: *„Wir müssen die Wahrheit über die barbarischen Zustände sagen“*.

Denn Gedanke und die Bewegung für Aufklärung und Humanität standen der unmenschlichen faschistischen Kriegsmaschinerie radikal gegenüber: Um die Machtübertragung an die Faschisten zu stabilisieren mussten am 10. Mai 1933 faschistische Studierendenverbände an den Hochschulen die Werke von Autoren wie Brecht, Tucholsky, Heine, Heinrich und Thomas Mann, Bertha von Suttner, Anna Seghers, Erich Maria Remarque und vielen anderen verbrennen.

Ohne die Wahrheit kleinzuhalten, ohne die Gleichschaltung von Wissenschaft und Kultur mit den menschenverachtenden Zielen der Nazis konnte die faschistische Herrschaft nicht aufrechterhalten und konnte der Krieg nicht vorbereitet und geführt werden. Hetze und Lügen müssen Verbreitung finden, denn nirgends sind es die Menschen, die am Krieg profitieren. Der Überfall der Wehrmacht auf Polen am 1. September 1939 wurde mit einem von den Faschisten selbst inszenierten und Polen zugeschriebenen Überfall auf den Sender „Gleisewitz“ gerechtfertigt, und mit der Lüge begonnen, deutsche Soldaten würden „zurückschießen“. Gegenüber Frankreich wurden Parolen verbreitet wie *„Warum führt ihr Krieg?“* oder *„Wir werden nicht zuerst schießen“*. Während in Polen mit einem Massaker an der Zivilbevölkerung das Massenmorden des 2. Weltkrieges durch das faschistische Deutschland begonnen wurde ließ Hitler in der deutschen Öffentlichkeit verbreiten: *»Ich habe der deutschen Luftwaffe den Auftrag gegeben, daß sie diesen Krieg human, d.h. nur gegen kämpfende Truppen führt.«* Es liege den Deutschen nicht, Krieg gegen Frauen und Kinder zu führen, so Hitler weiter über den Krieg, der wie kein anderer als Raub- und Vernichtungskrieg gegen Zivilisten geführt wurde.

Der 2. Weltkrieg wurde von den faschistischen Machthabern, Militärs und führenden Wirtschaftsvertretern gewollt, die sich davon gute Geschäfte versprachen, nicht von der Mehrheit der Bevölkerung.

Damals wie heute ist die Bevölkerung ein Kriegshindernis, es müssen Lügen Verbreitung finden um den Krieg führbar zu machen. Nach der Erfahrung von 2. Weltkrieg stehen die Eliten heute dabei vor gesteigerten Schwierigkeiten, die Wahrheit über den Krieg zu verschleiern, um wirtschaftliche Expansion nach außen und – gerade in gesellschaftlichen Krisenzeiten - die Stabilisierung gesellschaftlicher Ungleichheit nach innen durchzusetzen.

Kennzeichnend für die Schwierigkeiten der Kriegslegitimation ist der von der Commerzbank und dem Verteidigungsministerium ins Leben gerufene „Celler Dialog“, der sich seit 2007 für „Verständnis für die Auslandseinsätze der Bundeswehr“ in der Bevölkerung und „einen engeren Schulterschluss zwischen Wirtschaft, Politik und Bundeswehr“ einsetzt und in zwei Wochen zum fünften Mal in Celle tagen wird.

Befürchtet wurde 2008 Widerstand der Bevölkerung gegen die Kriegs- und Krisenpolitik. Als wesentliche Aufgabe formulierte daher der Aufsichtsratsvorsitzende der Commerzbank und Honorarprofessor der „Frankfurt School of Finance and Management“, Klaus Peter Müller, 2008 die Möglichkeit des Einsatzes der Bundeswehr im Inneren, nämlich *“Für Situationen, in denen die „Funktionsfähigkeit des Finanzsystems“ als bedroht gilt.*

Für die ideologische Absicherung dieser Politik sollte *„der sicherheitspolitische Dialog auch in Forschung und Lehre insbesondere an unseren Hochschulen“* gestärkt werden. Eine Konkretisierung dieses Vorhabens findet ebenfalls heute statt, 75 Jahre nach Beginn des 2. Weltkrieges: Eine „Summer School“ mit dem Titel „Krieg im 21. Jahrhundert“ organisiert von der Bundeswehr in Kooperation mit der Universität Köln. Diese Summer School besteht im Kern darin, dass Studierende Einrichtungen der Bundeswehr besuchen und Vorträge entweder von der Bundeswehr selbst oder politisch nahestehenden Einrichtungen zu hören bekommen. Für diese scheinwissenschaftliche Kriegslegitimation werden Studierende mit „Credit Points“ geködert, die sie sich im Bachelor-Studium anrechnen lassen können.

Dagegen formiert sich Widerstand in Hochschule und Gesellschaft: Aus dem Nein zu Militarisierung und Krieg haben sich an den letzten Jahren zahlreiche Initiativen gegen Rüstungsforschung gebildet, die zunehmend den Anspruch erheben, für den Frieden die öffentlichen Belange wieder in die Hände zu nehmen und Wissenschaft und Gesellschaft human zu gestalten. Mittlerweile haben sich 20 Hochschulen auf zivile und friedliche Zwecke verpflichtet, davon der Großteil in den letzten Jahren. Fast 20 tausend Menschen haben die Kampagne *„Lernen für den Frieden“* unterschrieben, und setzen sich damit für eine Gesellschaft ein, die von Aufklärung, Solidarität und der Geltung des Arguments geprägt ist, statt der gewaltsamen Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Interessen.

Auf Grundlage dieser neugefassten Ansprüche ist es auch gelungen, dass die willenslose rot-grüne Landesregierung in NRW die Zielsetzung friedlicher Hochschulen und ihre Aufgabe, Beiträge für Frieden und Nachhaltigkeit zu entwickeln, in den Entwurf für ein Hochschulzukunftsgesetz aufgenommen hat. Damit sind zwar Rüstungsforschung, Rüstung und Krieg noch nicht aus der Welt geschafft, aber eine lebendige und solidarische Alternative zum Prinzip des Egoismus und des jeder-gegen-jeden realisiert, die der Kriegspolitik das Wasser abgräbt.

So titelte beispielsweise die „Welt“ 2013: *Die Bundeswehr, Deutschlands ungeliebte Armee.* Und befürchtete: *„An den Schulen unerwünscht, an den Unis verspottet. (...) Image und Zustand der Bundeswehr sind auf einem Tiefpunkt. Was ist da los? (...) Eine Truppe, der sich Schulen und Universitäten dauerhaft verweigern, (...) kann ihre Aufgaben“ (Sprich: den Krieg) „auf Dauer nicht erfolgreich erledigen.“*

Und auch die Rüstungsindustrie lamentiert über die „zunehmenden Ausgrenzung der Militärforschung an deutschen Universitäten“ und konstatiert dass „sich die Bedingungen für die Industrie durch die Ausgrenzung militärischer Forschung durch Erfolge der [Zivilklauselbewegung](#) an manchen Hochschulen“ leider „verschlechtert hätten“, (So Gerhard Elsbacher von [MDBA Deutschland](#))

Ohne ein Mindestmaß an stillschweigender Akzeptanz durch die Bevölkerung ist der Krieg nicht zu führen. Lasst uns - nicht nur die Schulen und Hochschulen - rekonstituieren als Orte der Kritik und der Aufklärung, der munteren Opposition, in denen gelernt, geforscht und gearbeitet wird für eine wahrhaft friedliche und menschenwürdige Welt, in der das Ziel des Menschen der Mensch selbst ist. Über die aufzubauende „neue Stadt“ hat Wolfgang Borchardt 1947, zurück aus dem Krieg, geschrieben:

„Und alle Lokomotiven fahren nach der neuen Stadt. Und die neue Stadt, das ist die Stadt, in der die weisen Männer, die Lehrer und die Minister, nicht lügen, in der die Dichter sich von nichts anderem verführen lassen, als von der Vernunft ihres Herzens, das ist die Stadt, in der die Mütter nicht sterben und die Mädchen keine Syphilis haben, die Stadt, in der es keine Werkstätten für Prothesen und keine Rollstühle gibt, das ist die Stadt, in der der Regen Regen genannt wird und die Sonne Sonne, die Stadt, in der es keine Keller gibt, in denen blaßgesichtige Kinder nachts von Ratten angefressen werden, und in der es keine Dachböden gibt, in denen sich die Väter erhängen, weil die Frauen kein Brot auf den Tisch stellen können, das ist die Stadt, in der die Jünglinge nicht blind und nicht einarmig sind und in der es keine Generäle gibt, das ist die neue, die großartige Stadt, in der sich alle hören und sehn und in der alle verstehn: mon coeur, the night, your heart, the day, der Tag, die Nacht, das Herz.“ (Im Mai schrie der Kuckuck)

Diesem Auftrag möge man folgen.

Klaus der Geiger und Unterschriftenkampagne.